



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1922

445 (27.9.1922) Abend-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-205650](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-205650)

Mannheimer General-Anzeiger

Badische Neueste Nachrichten

Bezugspreise: In Mannheim und Umgebung monatlich frei ins Haus gedruckt Mark 1.50. — Durch die Post bezogen vierteljährlich Mark 4.50. — Einzelnummer Mark 4.00. Postfachkonto Nr. 17240 Karlsruhe in Baden und Nr. 2017 Ludwigshafen am Rhein. Hauptgeschäftsstelle E. & S. Geschäfte-Abteilung Redaktionsredaktion, Waldhofstraße Nummer 2, Fernsprecher Nummer 7940, 7941, 7942, 7943, 7944, 7945. Telegramm-Adresse: Generalanzeiger Mannheim. Erscheint wöchentlich zweifach.

Anzeigenpreise: Bei Vorauszahlung die Nr. 1. Zelle mit 20. — Stellenanzeigen, Familien-Anzeigen, 20. — Nach. Reklamen 10. — Annahmefrist: Mittwochabend 8. Uhr, Abendblatt nachm. 5. Uhr. Für Anzeigen an bestimmten Tagen, Stellen u. Auslagen keine Verantwortung. Abdruck von Anzeigen, Stellen u. Auslagen ohne Beschränkung der Verantwortlichkeit. Bei verspäteter Aufnahme von Anzeigen, Aufträge durch Fernsprecher ohne Gewähr.

Beilagen: Der Sport v. Sonntag. Aus der Welt der Technik. Gesetz u. Recht. Mannh. Frauen-Zeitung. Mannh. Musik-Zeitung. Bildung u. Unterhaltung. Feld u. Garten. Wandern u. Reisen.

Die Vereinigte Sozialdemokratische Partei.

Von unserem parlamentarischen Mitarbeiter.

Der Ausklang von Gera war für die Einigungsfragen in Nürnberg von großer Bedeutung. Wenn auch an der Einigung selbst von vornherein nicht der mindeste Zweifel bestehen konnte, so war es doch immerhin die Frage, eine wie große Mehrheit Crispian und Wittmann hinter sich herziehen würden. Es ergab sich, daß sie fast den gesamten Bestand ihrer Partei mit in die neue Firma einbringen und es ist klar, daß man nun das Firmenschild der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei mit besonderem Stolz und besonderer Genugtuung anstelle des bisherigen aufsteckt. Die VSPD ist eine starke und ansehnliche Partei geworden. Sie kann mit dreier Front marschieren und eine gewichtige Stimmzahl in die Waagschale werfen. Agitatorisch hat sie von Ledebour und seinen wenigen Getreuen nicht viel zu fürchten. Wenn in Gera eine stärkere Gruppe in der Opposition gebildet und die Unabhängige Partei als ansehnlicher Rest erhalten geblieben wäre, so hätte man nur von einem halben Siege des Einigungsgedankens sprechen können. Aber wie die Dinge schließlich gekommen sind, ist es ein Sieg ziemlich auf der ganzen Linie geworden.

Bei alledem ist es aber noch ganz ungewiß, wie man die Vereinigte Sozialdemokratie in die politische Rechnung der nächsten Zukunft einzufügen hat. Bis zu einem gewissen Grade ist die Einigung an sich schon eine grundsätzliche Entscheidung. Die alte Sozialdemokratie war die Partei der Koalitionsregierung mit den Bürgerlichen. Sie sitzt in Preußen und in einer Anzahl von Ländern mit der Deutschen Volkspartei in einem Kabinett. Die Unabhängige Sozialdemokratie war bisher der geschworene Feind eines solchen Teufelsbündnisses mit den bürgerlichen Parteien. Bei der Vereinigung der beiden Parteien sind die Unabhängigen von ihrem Standpunkt gewichen, die alten Sozialdemokraten nicht. Die Vereinigte Sozialdemokratie übernimmt denn auch mit einer gewissen Selbstverständlichkeit das parlamentarische Erbe der alten Sozialdemokratie. Es ist auch sicher kein Zufall, daß die beiden Einzelparteiabende und der Vereinigungstag in Nürnberg nichts beschlossen oder in Aussicht genommen haben, was eine Bindung gegen die Koalition mit den bürgerlichen Parteien wäre. Aber damit ist das Rätsel praktisch doch noch nicht gelöst. Die VSPD wird erst noch Farbe zu bekennen haben, ehe man wirklich weiß, wie die Dinge sich weiter entwickeln werden.

Daß die Unabhängigen der innerpolitischen Gesamtlage durch ihren Eintritt in die Sozialdemokratische Partei eine gewisse Schärfe geben, ist unverkennbar. Man wird nicht so leicht vergessen, daß Herr Crispian, der jetzt im Vorstand der VSPD sitzt, sich auf dem Leipziger Parteitag der Unabhängigen mit vollem Bewußtsein selbst als vaterlandstosen Gesellen gepriesen hat. Und man hat es auch noch frisch im Gedächtnis, welche tollen Sprünge sich Herr Dr. Rosenfeld im Reichstag und im Preußischen Landtag zu leisten pflegte. Wenn diese Elemente, soweit es ihre Natur zuläßt, durch die Vereinigung mit der alten Sozialdemokratie nicht eine gewisse Läuterung erfahren, so werden sie trotz aller Belehrung zum Koalitionsgegner in Wirklichkeit doch der Koalition gefährlich werden. Nicht umsonst hat Abgeordneter Dr. von Campe als Führer der deutschvölkischen Fraktion in Breslau mahnend darauf hingewiesen, daß ein Zusammengehen mit der Vereinigten Sozialdemokratie unmöglich sei, wenn sich in ihr der Geist eines Crispian bemerkbar machen sollte.

Die Sozialdemokratie tritt äußerlich als Machtfaktor auf, innerlich ist sie noch keine Einheit. Es wird sich erst zeigen müssen, ob sie durch den Zuwachs radikalisiert worden ist oder ob sie die unabhängige, neugewonnene Gefolgschaft in sich aufzunehmen vermag, ohne dabei ihr Wesen und ihren Kurs zu verändern. Von der Antwort auf diese Frage wird unsere innerpolitische Entwicklung abhängen.

Die Lage an den Dardanellen.

London, 27. Sept. Der Sonderberichterstatter des „Daily Chronicle“ drahtet über die voraussetzlichen Friedensbedingungen Kemal Paschas, der türkische Nationalistenführer werde es voraussetzlich ablehnen, unter den Bedingungen der Alliierten auf die geplante Konferenz von Benedig zu gehen. Er habe erklärt, er wünsche die Teilnahme Russlands an der Konferenz und verlange das Recht, die Küsten des Marmarameeres zu besetzen. Wenn die Türkei ihre militärischen Bewegungen einstellen sollte, so müsse England zuerst mit der Entsendung von Verstärkungen nach der Türkei aufhören.

London, 27. Sept. Gestern abend wurde hier bekannt, daß trotz des Optimismus, den die Londoner Regierung gegenüber dem gemeldeten Einbruch der kemalistischen Kanaklerie in die neutrale Zone an den Tag legte, diese Nachricht einen gewissen Schatten auf die erwartete Antwort Kemals in parlamentarischen Kreisen geworfen hat. Der Vertreter der britischen Regierung in Konstantinopel ebenso wie die Oberbefehlshaber der See- und Landstreitkräfte versuchen alles, um mit Kemal in Verbindung zu treten und zu erfahren, ob er beabsichtigt, die Truppen aus der neutralen Zone zurückzuführen, bevor die gestellte Frist abgelaufen ist. Wenn er diese Absicht nicht hat, wird aus dem Einbruch seiner Truppen in die neutrale Zone ein diplomatischer Zwischenfall erwachsen, der zum Krieg führen könnte. Wenn aber Kemal eine längere Frist verlangt, wird sich ihm nach dieser Auffassung gewährt werden.

Nach dem Pariser „Matin“ hat die Flotte der neuesten und mächtigsten Kriegsschiffe, die England besitzt, nämlich fünf Ueberbretendons von der britischen Admiralität Befehl erhalten, Malta und Gibraltar zu verlassen, um sich nach dem Orient zu bewegen. Zwei weitere Ueberbretendons seien bereit gestellt worden.

Die Regierungskrise in Konstantinopel.

Berlin, 27. Sept. Nach einer Londoner Drahtung aus Konstantinopel herrscht im Palast des Sultans Panik. Der Sultan sei durch den Rücktritt seiner Minister vollkommen niedergeschlagen. Kemal Pascha habe seine Absicht ausgedrückt, einen nationalen Kongress in Konstantinopel zur Vertretung der Regierung von Angora zu ernennen. Seine Wahl werde sicher auf Hamid Bei fallen. Es besteht wenig Zweifel, daß der Sultan entthront werden wird. Der aussichtsreichste Kandidat sei Prinz Selim.

London, 26. Sept. Die „Daily Mail“ meldet aus Konstantinopel, daß die Epidemien unter den Flüchtlingen in Smyrna in erschreckender Weise um sich greifen. In Konstantinopel beschränkt man, daß die gut organisierten russischen Bolschewisten mit ihren Versuchen, einen Zustand in Konstantinopel hervorzurufen, Erfolg haben könnten. Zahlreiche Flugblätter in türkischer Sprache sind im Umlauf, in denen die Türken aufgefordert werden, den Engländern und den zarentreuen Russen die Kehle durchzuschneiden.

Die Abdankung des Königs Konstantin.

Athen, 27. Sept. König Konstantin hat abgedankt.

London, 27. Sept. Nach Reutersmeldungen aus Athen sind in Griechenland erste Unruhen ausgebrochen, besonders in Larissa, Argos und Saloniki. Das Heer und die Marine sind beteiligt. Der Minister des Innern teilte gestern mit, die Regierung wisse nicht, weshalb Kriegsschiffe sich der Bewegung angeschlossen hätten. Die Sicherheit des Königs sei anscheinend un gefährdet. Die Revolutionäre verlangten die Abdankung des Königs.

Die thrasische Frage.

London, 27. Sept. Nach einer Reutersmeldung aus Athen haben die Abgeordneten Thraziens den englischen und französischen Gesandten in Athen aufgefordert und ihm die Lage Thraziens dargelegt, indem sie erklärten, die Griechen in diesem Gebiete seien von demselben Schicksal bedroht wie die Christen in Smyrna.

London, 27. Sept. Nach einer Athener Meldung ist General Papulos zum Gouverneur von Ostthrazien ernannt worden. Die Blätter besprechen lebhaft die Entscheidung über Thrazien und fordern auf, eine Front zu bilden, um der Rückkehr Thraziens an die Türkei sich zu widersetzen. Der Finanzminister erklärte, die Regierung werde niemals dem Verlusse Thraziens zustimmen.

Mobilmachung in Bulgarien.

Berlin, 27. Sept. (Von unserm Berliner Büro.) Eine Meldung der „Tribuna“ aus Sofia besagt, daß die bulgarische Regierung die Mobilmachung der letzten Altersklassen angeordnet hat. Die Mobilmachung wird sehr rasch und geheim durchgeführt. An der südbulgarischen Grenze werden bereits Truppen konzentriert.

Berlin, 27. Sept. (Von unj. Berl. Büro.) Die „Neue Freie Presse“ erhielt gestern nachmittags über Budapest die Meldung, daß die Militärpartei in Belgrad den Prinzen Georg zum König proklamiert habe. Eine Bestätigung dieser Nachricht muß noch abgemeldet werden.

Der Vatikan zur Orientreise.

Frankfurt a. M., 27. Sept. Wie aus Rom gemeldet wird, beschloß der Vatikan, an den Bältern eine Note zum Orientproblem zu senden. Der vatikanische Gesandte in dieser Frage ist, im Interesse des Friedens den Status quo aufrecht zu erhalten. Damit rechnet der Vatikan angeblich auf die Sympathien Englands, wodurch die Frage der heiligen Stätten in Palästina vielleicht eine Lösung im Sinne der vatikanischen Wünsche finden könne.

Die Lage im fernen Osten.

Japan und Sowjetrußland.

Moskau, 24. Sept. Aus Tschita wird gemeldet: Nach Mitteilungen der „Nishi-Nishi“ hat die japanische Delegation ihrer Regierung vorgeschlagen, die vereinigte russische Delegation, die ganz Rußland vertritt, anzuerkennen, nach Klarstellung der fernöstlichen Frage zur Erörterung von allgemeinen Problemen zu schreiten und ein wirtschaftliches Abkommen mit Rußland zu schließen. Wie die „Nishi-Nishi“ weiter mitteilt, wurden die Vorschläge der japanischen Regierung erörtert, die einwärtige, ein wirtschaftliches Abkommen mit Sowjetrußland zu schließen und Joffe als Vertreter Tschitas und Moskaus anzuerkennen. Nach Ansicht der Zeitung ist dies als ein Schritt zur de facto-Anerkennung der Sowjet-Regierung durch Japan anzusehen.

Tokio, 26. Sept. Die russisch-japanische Konferenz von Tschangschung, welche über die Zurückziehung der japanischen Truppen aus dem Norden der Insel Sachalin beschließen sollte, ist nach letzter Redungen gescheitert.

Ein englisch-amerikanischer Konflikt.

Berlin, 27. Sept. Nach einem Funkpruch der „A. Z.“ aus Washington ist zwischen der amerikanischen und der englischen Regierung ein Konflikt entstanden durch die Bestimmung des kürzlich in Kraft getretenen Larisgesetzes, das die geistige Getränke an Bord führt. In Washington ist die Meldung eingelaufen, daß die englische Regierung einen Protest gegen die Bestimmung vorgelegt, die eine Untersuchung und Beschlagnahme dieser Schiffe innerhalb 12 Seemeilen von der amerikanischen Küste anordnet. England bezweifelt das Recht, der amerikanischen Regierung, ihre Jurisdiktion auf hoher See auf 12 Meilen vom Ufer aus gerechnet auszudehnen. Bisher nahm man die Hoheitsrechte eines Staates nur innerhalb einer Dreimeilenzone als gegeben an.

Die englische Regierung denkt, wie verlautet, in dieser Sache um so bestimmter aufzutreten, als dadurch die Frage der Freiheit zur See berührt wird.

Diese Frage ist dadurch aufgeworfen worden, daß gewohnheitsgemäß englische Schiffe geistige Getränke nach Westindien und anderen außeramerikanischen Häfen konsignieren, während in Wirklichkeit diese Alkoholika in das „trodene“ Amerika eingeschmuggelt werden. Staatssekretär Hughes hat schon vor Monaten mit der englischen Regierung Verhandlungen angeknüpft mit dem Ziel, daß dieser Praxis englischer Schiffe Einhalt geboten werde. Diese Verhandlungen sind jedoch noch nicht zum Abschluß gelangt. Die von dem amerikanischen Staatsdepartement angestellten Prohibitionsagenten sind bereits aufgrund des neuen Larisgesetzes tätig.

Von der Reparationskommission.

Paris, 27. Sept. Die Reparationskommission nahm nach einer Havasmeldung in der heutigen Sitzung die Erklärung des belgischen Vertreters zur Kenntnis, worin dieser eine mitleidig mitteilt, daß seine Regierung sich mit der deutschen Regierung über die Bürgschaften hinsichtlich der Schahscheine geeinigt hat. Ferner beschloß die Kommission 1. ein Schreiben an die Kriegskostenkommission zu senden, worin der Empfang der Schahscheine bestätigt wird, 2. die Schahscheine der belgischen Regierung zuzustellen, 3. die nominellen Beträge der Schahscheine für den 15. Aug. und 15. Sept. Belgien zur Last und Deutschland gutzuschreiben. Der belgische Vertreter teilte der Kommission mit, daß seine Regierung sich die Zahlung der Schahscheine für 6 Monate bei jeder Fälligkeit der Schahscheine gesichert habe.

Paris, 27. Sept. Nach einer Reutersmeldung wird der Leiter des französischen Auslieferungsausschusses in Paris Alphonse am 5. Oktober in Berlin eintreffen, um über die Frage der Auslieferungszahlungen mit der deutschen Regierung zu verhandeln.

Vor der Brüsseler Konferenz.

Berlin, 26. Sept. Wie der „Post. Ztg.“ aus London gemeldet wird, hält man es in dortigen politischen Kreisen nicht für ausgeschlossen, daß das Einvernehmen, welches zwischen Frankreich und England in der Orientfrage erzielt wurde, ebenfalls sich auf die Reparationsfrage übertragen lasse und schnell zur Beilegung der Zwistigkeiten, die in dieser Frage zwischen den beiden Ländern herrschen, beitragen werde. Man hofft, bei der bevorstehenden Konferenz in Brüssel greifbare Resultate in der Reparationsfrage erzielen zu können.

Das „B. L.“ erfährt aus dem Haag, daß die belgische Regierung großen Wert auf die offizielle Teilnahme der Vereinigten Staaten an dieser Konferenz lege. Die belgische Regierung soll für die Beratungen einen Vorschlag bereithalten, der schon in London zur Sprache gekommen wäre, wenn Lord George und Poincaré sich über die Grundfragen geeinigt hätten. Thauris sei der Meinung, daß eine grundsätzliche Einigung der alliierten Regierungen vor der großen Konferenz erfolgen müsse, sonst würden die Leiter der Regierungen wieder aneinander vorbeireden. Vor der Konferenz soll deshalb eine Befragung der ersten Minister über die Reparationsfrage stattfinden.

Ein neues Stinnes-Abkommen.

Berlin, 27. Sept. (Von unj. Berliner Büro.) Ein französisches Blatt berichtet, daß zwischen Hugo Stinnes und dem französischen Großindustriellen Julius Bernard in einer Reihe von Zusammenkünften eine Verständigung vereinbart worden sei, die während der bevorstehenden Reise der deutschen Großindustriellen nach Frankreich abgeschlossen werden sollte. Ueber die Grundlagen der Verständigung macht das Blatt noch folgende Angaben: Der Bau der deutschen Hütten, die als Ersatz für die elsass-lothringischen Hütten im Rheinland errichtet werden sollten, wird eingestellt. Die deutschen Hütten erhalten nach Ablauf der Brüsseler Verpflichtungen zur Erfüllung der deutschen Reparationsleistungen eine bestimmte Summe von Ruhrkohle, die deutsche Industrie erhält ferner zu Vorzugspreisen eine bestimmte Menge von Halbfabrikaten von verschiedenen lothringischen Hütten. An diesen Hütten wird deutsches Kapital beteiligt. Es ist in Aussicht genommen, daß ein Viertel des Betriebskapitals deutsch sein kann.

„Journée Industrielle“ bemerkt zu dieser Meldung: Diese angeblich bevorstehende deutsch-französische Industrieverständigung auf der Grundlage „Kohle gegen Erz“ lasse außer Acht, daß Deutschland vorläufig wegen der Reparationsverpflichtungen über seine Kohlen nicht frei verfügen könne und andererseits Erz aus Lothringen für die Urindustrie nur wenig in Frage komme, da es zu wenig ertragreich sei, um bei Verwendung von großen Mengen die hohen Transportkosten zu decken.

Deutsches Reich.

Die Kaiser-Memoiren.

Berlin, 27. Sept. (Von unj. Berliner Büro.) In Paris haben die ersten Abdrücke der Kaiser-Memoiren, wie man hört, entzückt. Das läßt sich denken, da sich das Pariser Boulevard-Publikum offenbar auf Sensationen eingestellt hatte und vorläufig wenigstens durchaus nicht auf seine Kosten kommt. In Deutschland kann das nur angenehmer berühren, wenn der Kaiser in seinen kritischen Untersuchungen Maß zu halten weiß und damit einen Fehler vermieden hat, der während seiner Regierungszeit oft genug zu Konflikten geführt hat. Wenn man den Eindruck der bisher veröffentlichten Bruchstücke des Buches kurz zusammenfaßt, läßt sich sagen, daß durch die kaiserliche Darstellung an den bisher geltenden auf geschichtlichen Tatsachen beruhenden Auffassungen herganz wenig geändert wird. Die Ausführungen des Kaisers über die sozialen Fragen, um die sich heute die Darstellung dreht, sind zum Teil auf den Ton des Vorwurfs gegen die deutsche Arbeiterschaft gerichtet, die dem Kaiser seine Bemühungen um die soziale Gesetzgebung nicht dankt. Im übrigen läßt der Kaiser dem Fürsten Bismarck trotz des Inzidenzes auch auf diesem Gebiet Gerechtigkeit insoweit zuteil werden, als er Bismarck die Fähigkeit zugesieht, daß er sich auch Sympathien unter der Arbeiterschaft zu erwerben verstanden habe. Als Beispiel führt der Kaiser einen Vorfall an, bei dem Bismarck durch sein Eingreifen die Belegschaft einer großen Werkstätte vor Arbeitslosigkeit geschützt habe.

Hausfrauen und Teuerung.

Berlin, 27. Sept. (Von unj. Berl. Büro.) Eine große Versammlung Berliner Hausfrauen beschäftigte sich gestern mit der Teuerungfrage. Unter den Abhilfsmöglichkeiten wurde auch ein Vorschlag des Berliner Anwaltsvereins erwähnt, der die Schaffung einer Kontrollorganisation vorschlägt, um den Einzelnen die Kosten und Mühen, Bücherfälle zu verfolgen, abzunehmen. In einer Entscheidung wurde u. a. das Verbot der Preisberechnung in ausländischer Valuta bei inländischen Einkäufen, Herabsetzung der Frachtgebühren für lebenswichtige Rohstoffe und Strafmaßnahmen gegen aufreizenden Luxus gefordert.

